

Pressemitteilung

19. Juli 2017

Zuzahlungen zu verordneten Arzneimitteln belasten sozial Benachteiligte

VdPP unterstützt Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

Hamburg, 19. Juli 2017 - Der Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP) unterstützt die Positionen und Forderungen der Nationalen Armutskonferenz (NAK), die diese am 13. Juli 2017 zum Thema Armut und Gesundheit vorgestellt hat. Die Forderungen beinhalten, sozial benachteiligte Menschen von den Zuzahlungen, beispielsweise zu verordneten Arzneimitteln, zu entlasten. Außerdem sollen die Kostenträger die Ausgaben für notwendige, aber nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, also Arzneimittel der Selbstmedikation, übernehmen.

„Sozial benachteiligte Menschen sind gesundheitlich besonders belastet und haben eine deutlich niedrigere Lebenserwartung als der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie brauchen häufig verschreibungspflichtige, aber auch verschreibungsfreie Arzneimittel“, so Ingeborg Simon, Mitglied des VdPP. „Es darf nicht sein, dass diese Menschen auf notwendige Arzneimittel verzichten müssen, nur weil die staatliche Unterstützung nicht ausreicht.“

Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss aus Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, deutschlandweit tätiger Fachverbände und Betroffeneninitiativen. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Arbeitsgruppe Armut und Gesundheit wieder im Bundesministerium für Gesundheit aufzunehmen. Die Arbeitsgruppe sei dringend notwendig, um nicht erkannte Problemlagen durch den Dialog zwischen Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen frühzeitig zu identifizieren und Empfehlungspapiere sowie Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Situation betroffener Menschen auf den Weg zu bringen. Auch dies unterstützt der VdPP.

„Apothekerinnen und Apotheker müssen sich einbringen, wenn nach Lösungen für die Betroffenen gesucht wird, insbesondere bei der Selbstmedikation. Denn nur ein Teil des Angebots im Selbstmedikationsmarkt ist wirklich sinnvoll“, so Ingeborg Simon. Wenn beispielsweise die Krankenkassen die Kosten für Arzneimittel der Selbstmedikation übernehmen sollen, muss gewährleistet sein, dass diese ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind, so wie es das SGB V sieht. Der VdPP setzt sich für eine evidenzbasierte Selbstmedikation ein. Bei der Versorgung sozial Benachteiligter zeigt sich besonders, wie notwendig dieser Ansatz ist, um alle hier leben-



den Menschen mit notwendigen Arzneimitteln adäquat und wirtschaftlich versorgen zu können.

Zum Positionspapier der NAK: https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2017/07/NAK-Postionspapier_Armut-und-Gesundheit.pdf

Ansprechperson/en:

Ingeborg Simon, VdPP-Mitglied, E-Mail: simon-ingeborg@t-online.de

Esther Luhmann, VdPP-Vorstandsreferentin, E-Mail: referentin@vdpp.de

Über den VdPP

Im Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten, gegründet im Juni 1989, sind rund 120 KollegInnen organisiert, die sich nicht mit der jetzigen Situation im Gesundheitswesen nicht abfinden möchten.

Vereinsziele

- Patientenorientierte Arzneimittelberatung und -versorgung
- Evidenzbasierte Pharmazie
- Demokratisierung des Gesundheitswesens und der Standesorganisationen
- Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen
- Stärkung des Verbraucherschutzes und der Patientenbeteiligung im Gesundheitswesen
- Zugang aller Menschen weltweit zu einer ausreichenden Arzneimittelversorgung
- Begrenzung der Marktmacht der pharmazeutischen Industrie

Mehr Informationen finden Sie unter www.vdpp.de